

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 6. Mai 2023

Noch immer zu hohe Hürden

Ottilie Klein

übt harsche Kritik am Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Ampel-Regierung und erwartet mehr bürokratischen Aufwand ohne echten Nutzen.

Deutschland fehlt es an Fachkräften. Ganze 1,9 Millionen Stellen können derzeit nicht besetzt werden – ein Rekordwert. Neben der gezielten Förderung von inländischen Potenzialen braucht es auch Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland.

Laut Bundesagentur für Arbeit bedarf es einer Zuwanderung von rund 400 000 Personen pro Jahr, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Um dieser Herausforderung zu begegnen, hat die unionsgeführte Regierung bereits im Jahr 2020 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz eingeführt. Es ist eines der liberalsten Einwanderungsgesetze der Welt und eine gute gesetzliche Basis, die ihre Wirkung aufgrund der Corona-Pandemie allerdings noch nicht entfalten konnte.

Eine Hürde stellt die Überlastung der zuständigen Ämter dar. Denn zur Wahrheit gehört: Die Verfahren sind noch immer zu bürokratisch und auch im öffentlichen Dienst herrscht Fachkräftemangel. Unsere Behörden kommen mit der Arbeit nicht hinterher. Tausende unbeantwortete E-Mails und Online-Anträge stauen sich in den Ausländerbehörden deutscher Städte. Ausländische Fachkräfte mit Jobangebot warten teilweise monatelang auf Termine in den Visastellen der Botschaften.



Die Gastautorin ist Arbeitsmarktexpertein der Unionsfraktion im Bundestag und gehört der CDU an.

Dabei sind die Ausländerbehörden und Visastellen die Visitenkarte unseres Landes. Und wir dürfen nicht vergessen: Wir stehen mit zahlreichen Ländern in Konkurrenz um die fähigsten Köpfe. Es ist wenig attraktiv, wenn als Willkommensgeschenk lange Wartezeiten und ein komplizierter Antragsdschungel in unterschiedlichen Behörden warten.

Statt diese zentralen Hindernisse anzugehen, schafft die Ampelregierung ein neues Gesetz, welches an den bestehenden Umsetzungsproblemen des derzeitigen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes nichts ändern wird. Im Gegenteil: Es läuft Gefahr, die Überlastung der Behörden noch zu verschärfen. Denn während Zugangshürden zum deutschen Arbeitsmarkt weiter gesenkt werden, verpasst es die Bundesregierung Visaverfahren beschleunigt zu digitalisieren. Ein

ausreichender Personalschlüssel in den Ausländerbehörden und Botschaften wird nicht bereitgestellt.

Auch das geplante Punktesystem nach kanadischem Modell verfehlt seinen Zweck, denn es passt nicht zu Deutschland. Es wäre nur dann sinnvoll, wenn es ein Überangebot an geeigneten ausländischen Fachkräften gäbe. In Deutschland haben wir jedoch kein Über- sondern ein Unterangebot an qualifizierten Kräften. Das Punktesystem wäre demnach ein bürokratischer Mehraufwand ohne echten Nutzen.

Entscheidend für die Fachkräftezuwanderung sind schnelle digitale Verfahren und mehr Personal im In- und Ausland. Noch besser wäre eine zentrale Stelle, die alle Verfahren digital bündelt, um Doppelstrukturen und lange Wartezeiten zu vermeiden – eine neue Bundesagentur für Einwanderung. Durch sie würden zugewanderte Fachkräfte Informationen aus einer Hand bekommen. Sie würden beim Ankommen in Deutschland begleitet werden und Hilfe bei der Integration erhalten.

Denn: Die meisten Fachkräfte kommen nicht allein, sondern bringen Partner und Kinder mit. Diese Familien brauchen Wohnraum, Kita- oder Schulplätze. Das mitzudenken und uns hier gut aufzustellen, wäre der richtige Weg, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.